



Charta 77 und Kuba heute: Wiederholt sich ökumenische Geschichte?

|| Der Einsatz der Tschechischen
Evangelischen Kirche der
Böhmischen Brüder für Kubas
Dissidenten

VON PETER C.A. MORÉE¹

In Mai 2006 fand in der tschechischen Hauptstadt Prag ein Seminar statt für Kirchen und ökumenische Organisationen über die Frage, auf welche Weise ökumenische Beziehungen mit kubanischen Partnern zu gestalten seien. Obwohl diese Veranstaltung, die von der Evangelischen Kirche der Böhmischen Brüder organisiert wurde, nicht mit einer deutlichen, einheitlichen Stellungnahme abgeschlossen werden konnte, entsprach sie doch den Erwartungen der Organisatoren: Es sollte zunächst überhaupt mit Vertretern der Ökumene und Partnerkirchen darüber diskutiert werden, ob es Verbindungen gibt zwischen der Situation der Ökumene und dem Engagement für die Menschenrechte in der Zeit des Kalten Krieges und der Situation der Kirchen auf Kuba unter Fidel Castro heute. Die Frage der Menschenrechte in Kuba wird damit für die tschechische protestantische Kirche zu einer Herausforderung, sich den Konsequenzen der eigenen Geschichte zu stellen. Um die Klärung dieses Zusammenhangs geht es in dem folgenden Beitrag. Zweifellos liegt in ihm eine Herausforderung, der sich auch die übrige Ökumene nicht entziehen kann.

1. Der Vorwurf: Schweigen der Ökumene zur Verletzung der Menschenrechte auf Kuba heute

Die Evangelischen Kirche der Böhmischen Brüder (EKBB), mit um 120.000 Mitgliedern die größte protestantische Kirche in Tschechien, hat ein kompliziertes Verhältnis mit ökumenischen Organisationen wie dem

¹ Dr. Peter C.A. Morée ist Dozent an der Evangelischen Theologischen Fakultät der Karls-Universität Prag.

Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK). Ein beträchtlicher Teil der Kirche hat wenig Vertrauen in die weltweite Ökumene, wenn es um Fragen der Menschenrechte geht. Die Wurzeln dieser Haltung gehen zurück in die Zeit nach dem Prager Frühling, auch als „Normalisierung“ bezeichnet. Es hat mit dem zu tun, was man in Prag dann auch oft angedeutet hat als die Sünde der Ökumene: Ihr wird eine Ignoranz gegenüber dem Aspekt der Menschenrechte vorgeworfen, entweder – im besten Fall – wegen (kirchen-)politischer Überlegungen oder – schlimmer – wegen einer theologischen Interpretation der gesellschaftlichen Lage. Den ökumenischen Organisationen wurde von vielen tschechischen Protestanten vorgeworfen, eine Situation von Unrecht und Unterdrückung hervorgerufen oder prolongiert zu haben, weil sie nicht willens gewesen seien, ihre Ignoranz in Solidarität zu verwandeln.

Dieser Argwohn in der EKBB ist noch immer lebendig. Zwar haben die ökumenischen Organisationen Abstand genommen von der damaligen Politik gegenüber den kommunistischen Staaten und hier auch ihre Schuld erkannt, zugleich aber sehen sie sich heute dem Vorwurf von Teilen innerhalb der Kirche ausgesetzt, dass wieder eine ähnliche Haltung gegenüber dem totalitären Regime des Fidel Castro auf Kuba eingenommen werde. Ist die Schuld der Ökumene noch immer anwesend und wirksam?

Dieser Beitrag analysiert die Argumente aus Prag und versucht, sie breiter zugänglich zu machen. Welche Verbindung sehen die Prager Protestanten zwischen den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts und der Situation auf Kuba heute? Was sind die konkreten Erfahrungen, die zur Perspektive einer Verbindung dieser beiden historischen Kontexte geführt haben?

In Oktober 2002 schrieben fünf tschechische Theologen dem damaligen Generalsekretär des ÖRK, Konrad Raiser, einen offenen Brief mit einem Aufruf an den ÖRK, die demokratische Opposition auf Kuba zu unterstützen. In dieser Zeit wurde auf Kuba eine unabhängige Petition für Demokratisierung des politischen Systems unter dem Namen „Proyecto Varela“ von rund 20.000 Menschen unterschrieben. Das Varelaprojekt war eine Initiative der Bewegung „Movimiento Cristiano Liberación“, geleitet von Oswaldo Payá.

Aus mehreren Gründen war die Petition ein wichtiges Moment in der Geschichte der demokratischen Opposition auf Kuba. Erstens war sie im Stande, die verschiedenen oppositionellen Gruppen größtenteils zu vereinen. Daneben akzeptierte sie die kubanische Gesetzgebung, indem sie ganz legal und gesetzeskonform ein Referendum über eine neue Konstitution

forderte. Vielleicht deswegen wurde sie nicht nur von bekannten Dissidenten unterzeichnet, die schon so viele Erklärungen und Aufrufe unterschrieben hatten, sondern auch von Personen, die nichts mit der demokratischen Opposition zu tun gehabt hatten. Der Proyecto Varela überschritt also die Grenze des Dissidentenghettos und war im Stande, breitere Schichten anzusprechen. Schließlich wurde die Petition direkt oder indirekt von breiteren Kreisen in der römisch-katholischen Kirche unterstützt. Einige Bischöfe und viele Kirchenglieder äußerten sich deutlich in diese Richtung, und kirchliche Treffen waren Gelegenheiten, die Petition zu diskutieren und sich darüber zu informieren.

Die fünf tschechischen Theologen schrieben:

„[W]e appeal to you to publicly support the Varela Project. Its initiator Mr. Oswaldo Payá is a dedicated Christian. Last year the WCC launched a campaign called Decade to Overcome Violence, aiming to analyse and expose different forms of violence and their interconnection, and to act in solidarity with those who struggle for justice. The Cuban dissidents need the solidarity from the churches and ecumenical organizations for their non-violent struggle for justice, human rights and democracy on Cuba.“²

Für ihren Aufruf hatten sie spezifische Gründe. Selbst gehörten die fünf in den 70er und 80er Jahren zu den Unterzeichnern der Charta 77, der tschechoslowakischen Menschenrechtsbewegung von Jan Patočka und Václav Havel. Über die Erfahrungen als Dissidenten in Kirche und Ökumene hatten sie 1999 ein Gespräch mit Konrad Raiser, der in seiner Funktion als Generalsekretär des ÖRK Prag besuchte und sich auch mit den ehemaligen Oppositionellen traf. Bei dieser Gelegenheit machte Raiser eine klare Erklärung, in der er die damalige Haltung des ÖRK gegenüber dissidenten Stimmen in Kirche und Gesellschaft bedauerte. Der ÖRK habe einen Fehler gemacht, indem er damals die dissidente, von Kirchenleitung abweichende Stimmen ignoriert und kein Gespräch mit diesen Menschen begonnen habe.

Gerade dieses „Schuldbekentnis“ wurde von den fünf Prager Theologen aufgegriffen, um den ÖRK zur Änderung in der Kuba-Frage zu bringen.

„In that period [d. h. in den 70er und 80er Jahren, P.M.] dissidents in the churches often felt isolated not only by their governments, but also by their churches and ecumenical organizations, which did not openly criticize the repression of human rights activists. On that occasion you concluded that in this respect the WCC has to draw a lesson from that period.“

² Offener Brief von Jakub S. Trojan, Ladislav Hejdnánek, Jan Šimsa, Miloš Rejchrt und Alfred Kocáb an den Generalsekretär des ÖRK, Dr. Konrad Raiser, vom Oktober 2002. Abschrift im Archiv der Autoren.

Die Prager Theologen sahen also eine Parallele zwischen der damaligen Situation in der kommunistischen Tschechoslowakei und der heutigen Lage auf Kuba. In beiden Fällen geht es um etwas Identisches: um das friedliche Ringen um eine demokratische, auf Menschenwürde gerichtete Gesellschaft. Und wie in den siebziger und achtziger Jahren scheint der ÖRK die Stimme der Dissidenten nicht zu hören.

Sechs Monate später antwortete der ÖRK auf das Schreiben der tschechischen Theologen.³ Inzwischen aber hatte sich die Situation auf Kuba ernsthaft geändert. Im März 2003 hatte Castros Regime 75 Aktivisten des Varelaprojekts und unabhängige Journalisten usw. verhaftet und in kurzen Schauprozessen zu hohen Freiheitsstrafen bis zu 28 Jahren Gefängnis verurteilt. In einem Brief an Jakub Trojan u. a. machte Konrad Raiser deutlich, dass es innerhalb des ÖRK eine Diskussion über die Frage der Menschenrechte auf Kuba gebe, die bis jetzt aber bezüglich einer Entscheidung über eine Grundposition noch offen sei. Die Lage für den ÖRK sei schwierig, gerade weil die kubanischen Mitgliedskirchen hinsichtlich der kubanischen Revolution eindeutig positive Standpunkte vertreten. Die zentrale Rolle der Befreiungstheologie in Lateinamerika und besonders auf Kuba mache es schwer, offene Kritik an dem kubanischen Regime zu üben. Dazu noch werde es durch die Kuba-Politik der USA besonders erschwert, Castro zu kritisieren.⁴

In der kommenden Zeit wurde die Sache von der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder weiter verfolgt. Verschiedene Gremien dieser Kirche, zu deren Mitgliedern auch die fünf Prager Theologen zählten, äußerten sich kritisch über die Haltung des ÖRK. Anfang 2004 schrieb der Synodal-

³ Brief von Konrad Raiser an Jakub Trojan c. s., dd. 16. April 2003 und WCC Press Release 03-15, 16. April 2003 (World Council of Churches regrets miscarriage of justice in trial of Cuban dissidents).

⁴ „You are not unaware that in the particular context of Latin America and the Caribbean, the Cuban revolution has received considerable support from large sections of the ecumenical movement and indeed has been a source of hope for many. The WCC member churches in Cuba have generally advocated a positive attitude towards the revolution and have articulated their position theologically, drawing on the theology of liberation which has played such an important role in Latin America. The question whether criticism of certain policies of the regime is appropriate and how it should be expressed has been a sensitive issue and continues to be so. The question is further complicated by the attitude and the role of the USA with regard to Cuba.“ Raiser an Trojan, 16. April 2003. Gleichzeitig informierte der ÖRK die Öffentlichkeit über eine Korrespondenz mit den kubanischen Mitgliedskirchen des ÖRK und mit dem Staatsoberhaupt Fidel Castro, in der Konrad Raiser seine Fragen über die Maßnahmen des kubanischen Regimes zum Ausdruck brachte, zugleich aber versuchte, seine Verbundenheit mit der kubanischen Sache deutlich zu machen.

rat der EKBB nach Genf über die Notwendigkeit, die Erfahrungen aus der Zeit des Kalten Krieges kritisch zu reflektieren in Bezug auf die Haltung in Fragen von Demokratie und Menschenrechten auf Kuba. Das Schreiben enthält eine längere Passage über die eigenen schwierigen Erfahrungen und die Schuld aus der Zeit der Unfreiheit.⁵ Auch die EKBB hätte oft vermieden – unter Berufung auf theologische Argumente – Solidarität zu üben mit denen, die für ihre Überzeugung verfolgt wurden. In der Folge habe auch der ÖRK damals die Stimme der Dissidenten kaum gehört und die Menschenrechtsfrage bagatellisiert. In der Konsequenz dieser Situation des „Konformismus“ sei die Sendung der Kirche selbst diskreditiert worden, weil indirekt Unterdrückung legitimiert wurde. Gerade deshalb solle der ÖRK heute mit anderen Partnern einen kritischen Dialog über die Frage führen, wie Kirchen und ökumenische Organisationen in Situationen wie gegenwärtig auf Kuba aufzutreten hätten.

Die Synode der EKBB beauftragte daraufhin 2005 den Synodalrat, das Gespräch mit Partnerkirchen und ökumenischen Organisationen zu vertiefen. Für sie war die Frage der Menschenrechte und der Ökumene auf Kuba eine Frage der Glaubwürdigkeit der Ökumene.

2. Der Hintergrund: Die tschechische Kirche der Böhmischen Brüder und die Charta 77

Zur Verdeutlichung der tschechischen Haltung sei im Folgenden an die Diskussion um die Dissidenten der siebziger Jahre erinnert. Im Januar 1977

⁵ „Our church had to learn a painful lesson of the Cold War. As a church we were not always able to discern between political opportunism inspired by fear and genuine theological reasoning inspired by faith. Theological arguments were used to avoid the expression of solidarity with those who were persecuted because of their convictions and struggle for human dignity, among whom many Christians, also of our church. In effect, the WCC followed the main line of our church and largely ignored the voice of the dissidents in our church. Consequently, the dimension of human rights was played down in the international ecumenical discussions during the Cold War, because we conformed ourselves to the given circumstances. To our conviction, by this we capitulated in the struggle for humanity, though at the ecumenical level we declared this was at the heart of our theological life and work. It is for this reason that we see the importance of a dialogue about the role of churches and the ecumenical organizations like the WCC in situations of human rights abuses by totalitarian regimes like on Cuba. This is even more urgent when, like in the Cuban case, we find genuine Christians among the persecuted. As the community of Christ individual Christians and churches are called to solidarity with those that suffer for justice. A legitimization of those in power on the costs of this solidarity leads to a discrediting of the mission of the church, as we experienced in our circumstances.“ Brief des Synodalrates der EKBB an den ÖRK, Januar 2004.

wurde die Erklärung der Charta 77 veröffentlicht, die im Grunde einen Aufruf an die Prager kommunistische Regierung darstellte, die (eigenen) Gesetze und Beschlüsse zu respektieren. Konkret ging es um die Dokumente und das Abkommen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki 1975. Unter den Unterzeichnern der Charta 77 waren auch mehrere Geistliche aus verschiedenen Kirchen. Die erste Erklärung der Charta wurde von sechs Pfarrern aus der EKBB unterschrieben. (Allen war die staatliche Genehmigung für die Ausübung des geistlichen Amtes inzwischen entzogen worden und somit befanden sie sich also durchaus in einer existenziell schwachen Position, wie sich auch im Folgenden erwies.).

Wenige Monate später veröffentlichten diese Pfarrer zusammen mit noch 25 anderen Mitgliedern der EKBB ein Dokument über die Lage der EKBB. Es wurde bekannt als „Brief der 31“. Das Schreiben war an die tschechoslowakische Bundesversammlung in Prag gerichtet und bekam damit den Charakter einer Petition für Religionsfreiheit.⁶ Es analysierte die Probleme der Evangelischen Kirche in Beziehung zum Staat und wies auf eine Reihe konkreter Maßnahmen des Staates hin, die das Leben der Kirche ernsthaft behinderten. Das Grundproblem der Kirchen unter dem Kommunismus sei, dass die sozialistische Gesetzgebung überhaupt nicht mit der Existenz der Kirchen rechne. Gläubigen werde ein individuelles Recht auf ihre religiöse Überzeugung eingeräumt, aber von religiösen Gemeinschaften rede das Gesetz nicht. Die Intention des Regimes sei es, die Kirche durch administrative und andere Maßnahmen zu unterdrücken.

„Das Ringen um eine sinngerechte Erfüllung des Auftrags der Kirche, um die Verkündigung des Evangeliums und um die Gestaltung des Gemeindelebens, ist dadurch stark gekennzeichnet, dass in unserem Lande der Atheismus mit einem ideologischen Monopol verbunden und auf administrativem Wege durchgesetzt wird. (...) Dadurch geraten alle Kirchen bei uns in die Situation von geduldeten Gemeinschaften mit Aussicht auf schrittweise Einschränkungen, an deren Ende die Liquidierung steht.“⁷

Das Schreiben schildert die Situation: Gemeindeaktivitäten wurden hauptsächlich dort beschränkt, wo es um außergottesdienstliche Aktivitäten wie Vorträge, Treffen oder Konzerte ging. Ähnlich war es mit ökumenischen Beziehungen, die durch das Regime stark kontrolliert wurden. Einer ganzen Reihe von Pfarrern war die staatliche Zustimmung für die Ausübung einer geistlichen Tätigkeit entzogen worden. Mehreren Studenten

⁶ Eine deutsche Fassung des Briefes wurde publiziert von *Glauben in der zweiten Welt (G2W)* in einem Sonderheft *CSSR, Zur Lage der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, eine Dokumentation*, 1978.

⁷ *Zur Lage*, deutsche Fassung G2W, 8.

wurde das Studium an der theologischen Fakultät von staatlichen Behörden untersagt. Pfarrer im aktiven Dienst wurden von der Geheimpolizei aufgefordert, Informationen weiterzugeben. Christliche Jugendliche hatten beim Zugang zur Bildung Diskriminierungen zu erleiden. Religionsunterricht in Grundschulen war praktisch unmöglich. Die Kirche wurde ernsthaft in ihrer publizistischen Tätigkeit behindert. Zudem wurden ihre Beschwerden von staatlichen Behörden nie ernst genommen. „Die Probleme werden bagatellisiert und nicht gelöst. Aber Probleme lassen sich durch Leugnen und Verschweigen nicht vom Tisch wischen. Sie sind da und müssen gelöst werden. Früher oder später kommt es dazu.“⁸

Der Brief der 31 wollte nicht die Kirchenleitung offen kritisieren, sondern richtete sich an den Staat. Auf der anderen Seite war es klar, dass die 31 diese Analyse nie veröffentlicht hätten, wenn sie der Meinung gewesen wären, dass die Leitung der Evangelischen Kirche ihre Verantwortlichkeit völlig ernst nahm. Indirekt wurde dem Synodalarat deutlich gesagt, dass er Angst habe, der Situation ins Auge zu sehen und sich zu den Problemen zu äußern.

Der Synodalarat der EKBB reagierte wütend auf den Brief der 31. Noch vor der Veröffentlichung übte der Synodalsenior erheblichen Druck auf Jakub Trojan, einen der Initiatoren des Briefes, aus, damit er nicht abgeschickt werde. Sogar Synodalsenior Václav Kejř sprach ein Verbot aus, diesen Plan zu verwirklichen, von dem er übrigens nur von der Geheimpolizei Kenntnis bekommen haben konnte. Nachdem die Petition trotzdem verschickt wurde, wurde eine Kommission einberufen, die das Verhalten von 17 Pfarrern aus dem Kreis der 31 disziplinarisch untersuchen sollte. Sie versuchte, die 17 Geistlichen dazu zu bewegen, ihr Verhalten zu bedauern, sich von dem Dokument zu distanzieren und ihre Unterschrift zu widerrufen. Sie hätten nämlich wider das Verbot des Synodalseniors gehandelt, der ihnen diesen Schritt ausdrücklich untersagt hatte. Sie hätten die Kompetenz des Synodalarats nicht respektiert, der für die Verhandlungen mit staatlichen Organen in kirchlichen Angelegenheiten verantwortlich sei. Durch die Veröffentlichung wären die 17 jetzt verantwortlich für die außerordentlich schwierige Lage des Synodalarats in seinem Verhältnis zu den Behörden. Da die Unterzeichner dies verweigerten, beschloss die Kirchenleitung, den Pfarrern offiziell eine Rüge zu erteilen, was formal einer Disziplinar-

⁸ Ebd., 14.

maßnahme glich. Die kirchliche Öffentlichkeit wurde über diesen Schritt informiert.⁹

Im Herbst 1977 tagte die Synode der EKBB. Auf der Tagesordnung stand auch der Fall der 31 und das disziplinarische Vorgehen gegen sie. Die Synode nahm zwar die Entwicklungen und die Schritte des Synodalrats zur Kenntnis, aber sie stimmte ihnen nicht förmlich zu, sondern beauftragte den Synodalrat, mit den Pfarrern im Gespräch zu bleiben. Die Synode wählte auch eine neue Kirchenleitung, was die Kommunikation der 17 mit den kirchlichen Autoritäten bedeutsam erleichterte.¹⁰

3. Ein weiterer Aspekt des Hintergrundes: Die Reaktion der Prager Theologischen Fakultät und ihre ekklesiologische Argumentation

Möglicherweise noch bemerkenswerter mag die Reaktion der Prager Theologischen Comenius-Fakultät auf die Situation in der Kirche sein. Im Mai 1977 publizierten die Dozierenden der Fakultät acht Thesen, von denen jede mit einer Antithese verbunden war.¹¹ Der Text wurde durch eine Analyse der aktuellen Lage eingeleitet, die zugleich eine Apologie für ein ganz bestimmtes Konzept einer „Kirche im Sozialismus“ war:

„Die Evangelische Kirche der Böhmischen Brüder sieht sich gegenwärtig mit den auffallenden konkreten Folgen einer jahrelangen Bestrebung konfrontiert, die Kirche in einen politischen Streit hineinzuziehen und sie zu Stellungnahmen zu zwingen, die theologisch nicht gerechtfertigt sind. Außerdem werden dadurch die sozialistischen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, in denen wir leben, außer Acht gelassen. Wir aber wollen an der Formgebung dieser Verhältnisse Anteil haben. Die sozialistische Bewegung wird von uns als ein Ausdruck des menschlichen Verlangens nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit angesehen. Wir sind für alles dankbar, was in dieser Hinsicht in unserem Lande erreicht worden ist. Wir halten dafür, dass eine sozialistische gesellschaftliche Ordnung die geeignetste Form ist, die es ermöglicht, dass wir mit den Grundproblemen des historischen Weges der Menschheit zu einem Ausgleich kommen. Kraft unseres Glaubens und auch aus den vorher genannten Gründen betrachten wir die sozialistische Gesellschaft als den Raum, in dem wir unsere Arbeit ohne Nebenabsichten verrichten. Jeder Gedanke, als ob es

⁹ Die Dokumente wurden veröffentlicht in: *Svému synodu, Českobratrská církev evangelická 1969–1989, (výběr z dokumentů)*, (An unsere Synode, Die Evangelische Kirche der Böhmischen Brüder 1969–1989, Auswahl aus Dokumenten), Prag 1989.

¹⁰ Siehe dazu *Miloš Rejchrt, O neco svobodnější. Rozhovory* (Um etwas freier. Gespräche), Prag 2002, 128 ff.

¹¹ Eine deutsche Fassung wurde veröffentlicht in dem schon erwähnten Sonderheft *ČSSR, Zur Lage der Evangelischen Kirche der Böhmischen Brüder. Eine Dokumentation*, 1978, Glauben in der zweiten Welt, 19–20.

möglich wäre, mit der Vorläufigkeit der sozialistischen Gesellschaft zu rechnen, schwächt uns geistlich und lähmt unsere kreative Aktivität.“¹²

Dann folgten die einzelnen Thesen, die sich thematisch mit dem Weg von Kirche und Theologie auseinandersetzten. Sie stellten implizit einen Angriff auf den Brief der 31 und auf die Charta 77 dar. Vor dem zeitgenössischen Diskussionshintergrund konnten die Thesen als eine Interpretation dieser beiden Dokumente verstanden werden, ohne dass diese direkt genannt werden mussten. These 1 handelte von der göttlichen Herkunft der Kirche, „die aus dem gnädigen Willen Gottes hervorgegangen ist“. Erst in der Antithese wird deutlich, dass die Autoren der Thesen gegen das protestieren wollten, was sie als eine Verpolitisierung und deshalb Entkirchlichung der Kirche wahrnahmen:

„Wir verwerfen die Meinung, die Kirche sei nur ein menschlicher Verein oder eine korrigierende Bewegung, deren Existenz durch die Zielsetzungen gerechtfertigt wird, die sie sich selber gibt und die auf bekannte Art durchgesetzt werden müssen in Konkurrenz zu anderen Vereinen und Bewegungen.“¹³

Ähnlich „verschlüsselt“ redet die zweite These über die angebliche Überzeugung der christlichen Dissidenten, dass die Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft nicht existieren könne.

„Der souveräne Gott will, dass wir sein Volk hier auf dieser Erde und in dieser unserer Situation sind. Hier müssen wir unsere Mission erfüllen und dürfen nicht Verhältnisse ins Auge fassen, die für irgendjemanden anscheinend vorteilhafter sind.“¹⁴

Die Kirche soll deshalb nicht bewusst die Illegalität aufsuchen oder provozieren, sondern in aller Öffentlichkeit das Evangelium verkündigen, sagen These und Antithese 3. Im 4. Abschnitt wird verteidigt, dass die Kirche immer die historisch-gesellschaftliche Situation, in der sie lebt, zu berücksichtigen habe. In der 5. heißt es, dass Christen nie ethische Stellungnahmen solchen auferlegen dürfen, die nicht an Christus glauben. In den drei letzten Thesen und Antithesen wird es den Dissidenten untersagt, Kirche und Glauben irgendwie in den Kampf um menschliche Würde hinein zu ziehen.

„6. Die Kirche sollte eine Gemeinschaft der Einheit und ein Bund des Friedens sein. Wir verwerfen es, dass innerhalb der Kirche Raum zu irgendeiner Form der Ausübung von Pression und Intrigen Raum geboten wird.“

(...)

¹² Zur Lage, 19.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

8. Wir glauben, dass die Kirche Christi auch in ungewöhnlichen und unbequemen Situationen das Eigentum ihres Herrn bleibt. Unsere Hoffnung, dass sie erhalten bleibt und auch die Umgebung erkennen wird, dass sie dem menschlichen Geschlecht nicht feindlich gesonnen ist, gründet sich nur auf das Versprechen Christi und auf Seine Auferstehung.

Wir verwerfen die Meinung, dass die Kirche besondere Vorrechte für sich erzwingen und durch eine Strategie der Pressure Aktionen zu eigenem Nutzen und zur Selbsterhaltung durchführen sollte.¹⁵

Die Dozierenden an der Comenius-Fakultät distanzieren sich in diesem Dokument mit klaren Worten von den 31 Mitgliedern der Kirche, weil sie in ihren Augen Kirche und Theologie für politische Ziele missbrauchten. Man kann dies schwer anders lesen als folgendermaßen: Sie wiesen die Analyse der Probleme der EKBB, wie die Petition sie beschreibt, mit der theologischen Argumentation ab, dass die Kirche sich der sozialistischen Gesellschaft anpassen solle. Diese Gesellschaftsordnung sei im Grunde genommen die beste, wenn es um die Zukunft der Menschheit gehe. Kritik an konkreten Verhältnissen in dieser Gesellschaft impliziere, so liest sich das Schreiben der Fakultät heute, zugleich auch die Abweisung der Ordnung. Die Dissidenten sollten also schweigen. Auf keinen Fall hätten sie das Recht, für die Kirche als ganze zu sprechen.

Es ist auffällig, dass die Fakultätsdozenten die Lage nach dem Brief der 31 fast als einen *status confessionis* verstanden. Die Situation war so sehr eskaliert, dass sie jetzt quasi *ex cathedra* sprachen. Sie könnten nicht schweigen und müssten in den klaren Formeln der Thematata und Anathematata sprechen (die übrigens nicht zufällig an die Barmer Theologische Erklärung erinnern). So verstand auch die Kirchenleitung der EKBB die Situation. Sie verschickte die Fakultätsthesen an die Gemeinden mit der Bitte, die Mitglieder mit dem Text bekannt zu machen. Der Brief der 31 wurde aber nicht mitgeschickt. In dem begleitenden Rundschreiben schrieb der Synodalrat:

„Wir sind überzeugt, dass der Augenblick sich nähert, in dem wir unser konfessionelles Erbe zum Ausdruck bringen müssen, und wir werden es derart zu Gehör bringen müssen, dass wir uns selbst, unsere Aufgaben und die Zeit, in der wir leben, besser verstehen lernen, denn sie erwartet unsere aus Glauben getroffenen Entscheidungen mit theologischer Klarheit und Deutlichkeit des Zeugnisses. Der zukünftige Weg unserer Kirche wird im Wesentlichen davon bestimmt, dass wir uns gründlich und theologisch verantwortlich der heutigen Situation stellen.“¹⁶

¹⁵ Ebd., 20.

¹⁶ Ebd., 22.

4. Der letzte Teil des Hintergrundes: Die Gegenreaktion der Dissidenten

Aus dem Kreis der Chartisten in der EKBB gab es zwei ausführliche Reaktionen auf die Thesen der Fakultät. Die emotionalere kam von Miloš Rejchrt, einem der Pfarrer, die die Charta 77 und die Petition an die Bundesversammlung unterschrieben hatten. In seinem Brief an die Dozenten der Comenius-Fakultät stellte er zuerst die Frage nach dem Maß der harten Reaktion.

„Warum auf einmal dieser Lärm, diese kategorische Distanz in dem Augenblick, in dem die Unterzeichner des beanstandeten Dokumentes, zumeist auch Unterzeichner der Charta '77, vor den Generalstaatsanwalt zitiert werden oder durch die Geheimpolizei Hausdurchsuchungen erleiden, vom ROH (Revoluční odborové hnutí = Revolutionäre Gewerkschaft) vernommen sowie von ihren Arbeitgebern des Führerscheins und Reisepasses beraubt werden, eventuell sogar zeitweise in einer Zelle des Untersuchungsgefängnisses beherbergt werden? Ist das ein rein zufälliges zeitliches Zusammentreffen?“¹⁷

Für Rejchrt hat jeder Christ die Verpflichtung, seine Stimme zu erheben, wenn irgendwo Unrecht passiert, und das haben gerade die 31 gemacht. Sie hätten nicht im Namen der ganzen Kirche gesprochen, sondern als Bürger der ČSSR. Und gerade vom sozialistischen Staat könnten sie erwarten, dass er die Menschenrechte respektiert. Wenn er das nicht täte, müsse er darauf hingewiesen werden, weil der Sozialismus dann seiner Bestimmung nicht treu sei.

Das habe die Kirche und ihre Vertreter vor einigen Jahren noch getan, erinnerte Rejchrt, nämlich in der Zeit des Prager Frühlings, als zum Beispiel die Fakultät im Herbst 1968 ein Manifest der Solidarität herausgab oder als sie im Januar 1969 eine Erklärung zur Selbstverbrennung von Jan Palach formulierte. Auch die einzelnen Professoren der Fakultäten haben sich kritisch zum Regime geäußert, sagte Rejchrt, wie z. B. J. L. Hromádka, der in seinen Memoranden zum August 1968 scharf den realen Sozialismus verurteilte. Habe die Fakultät das alles jetzt vergessen, oder werde sie sich davon auch distanzieren, fragte Rejchrt.

Weiter warf er den Fakultätsdozenten vor, bei der Formulierung der Thesen statt von Glaube von Furcht getrieben worden zu sein, die zudem theologisch verbrämt würde, stattdessen müsse sie als eine Kraft entlarvt werden, die dem Menschen seiner Freiheit beraube. Die einzelnen Thesen waren in seiner Sicht auf bewusste Falschinterpretation des Briefes der 31

¹⁷ Ebd., 23.

gegründet, in der zudem die privilegierte Stellung der Dozenten der Fakultät unaufrichtig verschleiert worden sei.¹⁸

Die zweite – ausgewogenere, aber theologische umso vernichtendere – Reaktion kam von Božena Komárková, Philosophin und Theologin, Unterzeichnerin der Charta 77. Im Juli 1977 schrieb sie den Aufsatz *Difficile est ...*, in dem sie die Ereignisse in der Evangelischen Kirche seit Anfang des Jahres verband mit dem Thema der Macht. Erstens stellte sie fest, dass die Kirchenleitung sich in den Dienst des Regimes gestellt habe, in dem sie unter dem Druck der Behörden Aussagen gemacht und ein Disziplinarverfahren gegen kritische Brüder und Schwestern eröffnet habe. Der Synodalrat habe es aufgegeben, auf moralische Überzeugungskraft zu setzen. Stattdessen berufe er sich jetzt auf eine autoritative Interpretation seines Amtes. Er behaupte, dass Kirche und Politik nicht vermischt werden sollten, aber stattdessen gebe er, um zu überleben, die Eigenständigkeit der Kirche auf.¹⁹

In den Thesen der Fakultät las Komárková „fast nichts vom Geist der Liebe“, sondern nannte sie eine „ungerechte Denunziation“, die unter den herrschenden Verhältnissen von den staatlichen Behörden nicht anders ausgelegt werden könne, als „ein direktes Angebot an die Staatspolizei, bisherige und künftige Opfer ihrer Ungnade weiter zu verfolgen“. Die Kirchenleitung nehme dazu auch den 31 die Möglichkeit, sich öffentlich zu verteidigen, da die Gemeinden nur die Thesen der Fakultät bekommen hät-

¹⁸ „Unser Schreiben verwirft die Vorrechte und verlangt Recht: Recht für die Kirche und für die Gläubigen. Aber während es Recht fordert, fordert es das auch für die Atheisten und Marxisten, meinethalben für die Vereine der Ungläubigen und für die Professoren der Comenius-Fakultät. Ich wiederhole, dass wir nicht um Vorrechte bitten (z. B., dass die Professoren der Comenius-Fakultät ins Ausland fahren dürfen, oder dass den Professoren die Presse zur Verfügung steht, oder dass sie Seminare für den Frieden halten dürfen, und dass die Professoren der Comenius-Fakultät sich wissenschaftlicher theologischer Arbeit widmen und predigen dürfen); wir bitten um Recht (dass alle ins Ausland fahren können, dass jeder, der etwas zu sagen hat, in der Presse schreiben und Erklärungen über die Situation der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder abgeben kann, dass Seminare über welches Thema auch immer gehalten werden können und jedermann daran teilnehmen kann, der dafür Interesse hat, dass jeder wissenschaftlich arbeiten kann, der dazu die Fähigkeiten besitzt, und dass jeder predigen kann, der durch den Geist getrieben ist).“ Ebd., 27.

¹⁹ „Zu ihrer Schande hat sich die Kirche zu dem Spiel ‚als ob‘ hergegeben. Dieses Spiel führt zum moralischen Tod. Ebenso wie einst unter der Habsburger Gegenreformation wird in dieser Zeit erneut der Geist des Volkes gebrochen. Die gleichen Folgen geistiger Abstumpfung, Kleinmütigkeit und des Zynismus werden eintreten. Mit seinen Erklärungen kehrte der Synodalrat auf den Weg der Halbwahrheiten zurück, den er in einer günstigeren politischen Lage (1968) schon einmal mit Bedauern und Verbitterung von sich gewiesen hatte.“ Ebd., 29.

ten. Sie habe auf die wehrlose Macht verzichtet, wie sie von Dietrich Bonhoeffer erlebt und formuliert worden sei, und stattdessen eine Strategie des Druckes der Anathematisierung gewählt, die allerdings machtlos sei gegenüber dem Zeugnis der Machtlosen.

„Das Endresultat aller dieser Fakten lautet: Der Synodalrat und die Fakultät haben sich selbst und die ganze Kirche im Schlepptau der politischen Macht weit über die Grenzen dessen gebracht, was die Kirchen theologisch je dem Staate zuerkannt haben: Nämlich die Gesetze zu respektieren im Geiste von 1 Tim 2,1–2: ‚Damit wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen, in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit.‘ Sie gaben der Machtwillkür, die nicht auf dem Gesetz beruht, nach. Und sie sind dahin gelangt, sich mit ihren Zuchtmaßnahmen an die Seite der Macht zu scharen gegen die Brüder, die ihren pastoralen Auftrag erfüllten und Gott mehr fürchteten als die Macht der Obrigkeit. Wollen sie es nun so weit kommen lassen, dass sie sie, im Gegensatz zu früheren Jahren, selber von der pastoralen Arbeit ausschließen und die Gemeinden um ihre Hirten bringen, für die es keine Stellvertreter gibt? (...) Meint der Synodalrat, dass eine solche ‚Säuberung‘ nach dem Rezept und Willen der Machthaber die Kirche retten oder ihr sogar Gesundung schenken wird?“²⁰

Rejchrt und Komárková warfen der Kirchenleitung vor, dass sie vor dem Druck des Regimes kapitulierte und sich als Konsequenz in den Dienst des Regimes stelle, um die Kritiker in der Kirche zum Schweigen zu bringen. Sie verzichte auf die christliche Interpretation der Macht und eigne sich die Machtauffassung des totalitären Regimes an. Mitglieder der Kirche, die aus ihrer tiefen Überzeugung ihre Stimme hören lassen gegen Willkür und Unrecht, würden so von Synodalrat und Fakultät als Christen dargestellt, die große Fehler gegen die Kirchenordnung und den Glauben selbst begangen hätten. Ihr Versuch, in der Wahrheit zu leben, wurde in diesem Sinne Sünde genannt, der durch Anathemata und Rüge verurteilt werden müsste.

5. Konsequenzen: Ökumeneskepsis und Kritik an der Haltung des ÖRK in der Kubafrage

Welche Konsequenzen hatte dieser Sachverhalt für ökumenische Organisationen und ihre Standpunkte zur sozialistischen Realität? Im Allgemeinen galt, dass vor allem nach 1977 die Kirchenleitung eine beträchtliche Distanz zu den Dissidenten in der Kirche hielt. Das spürten vor allem die Pfarrer, denen die Staatsgenehmigung zur Ausübung des geistlichen Amtes entzogen worden war. Die Behörden drangen bei der Kirchenleitung darauf, dass sie keine Positionen in der Kirche mehr erhielten. Für den Synodalrat stellten diese Pfarrer unbequeme Fälle dar, weil es unmöglich war,

²⁰ Ebd., 33.

einen Kompromiss zu finden. Politische Exkommunikation bedeutete in der Regel Isolierung in der Kirche und Ausschluss aus der ökumenischen Welt.

Die EKBB war Mitglied verschiedener ökumenischer Organisationen, wie des ÖRK, der KEK, des Reformierten Weltbundes und der Christlichen Friedenskonferenz. Praktisch bestimmte die Kirchenleitung die Art und Weise der Teilnahme an Aktivitäten der ökumenischen Organisationen. Sie hatte fast das Monopol auf die Kontakte mit den internationalen Partnern und bestimmte zu einem großen Ausmaß damit auch, welche Information die Partner bekamen. Insofern kann man sagen, dass offizielle Vertreter der Kirche ins Ausland reisen konnten, weil Dissidenten zu Hause bleiben mussten. Es war einfach, die alternative Stimme in der Kirche in der internationalen Ökumene mit dem Argument zu ignorieren, dass die Mitgliedskirche als ganze solche Standpunkte nicht einnahm. Chartisten in der EKBB konnten nur mühsam die ökumenischen Vertreter aus dem Ausland über ihre Ansichten informieren. Nur sehr wenige von ihnen benutzten ihren Aufenthalt in Prag dazu, auch Dissidenten zu treffen und ihre Ansichten und Erfahrungen zu hören. Sehr bekannt wurde damals ein im Januar 1978 im Westen veröffentlichter Brief von Miloš Rejchrt an Károly Tóth, damals noch Generalsekretär der Christlichen Friedenskonferenz. Tóth wurde in dieser Zeit ein Ehrendoktorat der Prager Comenius-Fakultät verliehen, was Rejchrt – als Pfarrer mit Berufsverbot inzwischen als Heizer tätig – zum Anlass nahm, ihn über die Situation einiger christlicher Dissidenten zu informieren und zu kritisieren, dass er offenbar kein Interesse zeige für Mitbrüder und Mitschwester, die verfolgt wurden, weil sie ihr Gewissen nicht schweigen lassen konnten.²¹

Jetzt im Jahr 2006, während der eingangs erwähnten Tagung in Prag, machte Rejchrt – inzwischen Stellvertreter des Synodalseniors und als solcher verantwortlich für die ökumenischen Beziehungen seiner Kirche – in

²¹ Rejchrts Brief vom 21. Januar 1978 wurde publiziert in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10. August desselben Jahres. Der Brief endet mit scharfen Formulierungen: „Sie rufen ‚Friede, Friede‘, wo kein Friede ist. Sie behaupten, dass Sie hier keine Arbeit zu tun hätten, da Sie für die Diskriminierten anderswo dasein müssten. Vor den konkreten Opfern der Willkür fliehen Sie weg aus unserem Raum und aus unserer Zeit in exotische Gegenden, in eine andere Welt bis hin zur dritten Welt. [...] für die Brüder, die (hier, P.M.) nach Gerechtigkeit dürsten und um Achtung gegenüber der menschlichen Freiheit rufen, (haben Sie) nur ein Wort der Abweisung übrig: nämlich dass wir das Vaterland verleumden und den Kalten Krieg anfachen. Wie kann Ihre Sorge für den fernen Nächsten glaubwürdig sein, dem Sie vielleicht noch freiwillig die Revolution anbieten, wenn Sie vom nahen Nächsten fliehen?“

seinem Beitrag deutlich, dass man sich damals von ökumenischen Organisationen und dem Reformierten Weltbund im Stich gelassen gefühlt habe, weil diese in der Regel nicht bereit gewesen seien, von staatlicher Seite als „konspiratorisch“ eingestufte Handlungen auszuführen (z. B. sich mit Dissidenten zu treffen oder Briefe für Menschenrechtsorganisationen in den Westen mitzunehmen). Ökumenische Organisationen haben daher in seinen Augen – und in den Augen von vielen in der heutigen Kirchenleitung der EKBB – ihre Glaubwürdigkeit verloren wegen ihrer Haltung in der Zeit des Kalten Krieges.

Aufgrund der eigenen Erfahrungen als Dissident in der Kirche und Ökumene analysiert Rejchrt jetzt die Lage der Oppositionellen auf Kuba, die – wie er damals – auch keine Unterstützung von ökumenischen Organisationen bekommen.

„Wie werden sich dann die kubanischen Anhänger des Varela-Projekts gegenüber den internationalen ökumenischen Institutionen aufstellen, die diesen einmaligen Schritt bürgerlichen Mutes und christlicher Milde nicht unterstützt haben? Wird es nicht für manche von ihnen attraktiver sein, sich an die Seite der Verkündiger blutigen Rechnungsausgleichs zu stellen, wenn ihre friedliche, demokratische und mit Leiden teuer bezahlte Haltung in der weltweiten Ökumene keine angemessene Bewertung fand?“²²

Miloš Rejchrt ist der Sprecher der Mehrheit in der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, die in der heutigen Kubafrage eine klare Analogie zu ihren Erfahrungen als Dissidenten erblicken: Der ÖRK mache heute auf Kuba das, was ökumenische Organisationen in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts in Bezug auf die Lage der EKBB getan haben.

In heutiger Sicht stellt sich die Frage, ob die Situation auf Kuba so stark aus der Perspektive des damaligen totalitären Systems in Osteuropa gesehen werden kann. Konrad Raiser verteidigte die Position des ÖRK in dieser Sache in seinem Brief an die fünf Prager Theologen mit dem Argument, dass Kuba aus der lateinamerikanischen Perspektive betrachtet werden müsse. Für ihn irren sich die Prager Theologen, weil sie etwas Unvergleichliches miteinander vergleichen. Die Prager Theologen, die heute von ihrer Kirche unterstützt werden, werfen ihm jedoch vor, mit zweierlei Maß zu messen und die Bedeutung der Menschenrechte zu relativieren.

Vor allem mit der Dissidentenerfahrung im Hintergrund gibt es einen entscheidenden Einwand gegen Raisers Verteidigung der Linie des ÖRK:

²² Miloš Rejchrt in seinem Beitrag zum Seminar am 16. Mai 2006. Text im Archiv des Autoren.

den Einwand, dass nicht ernsthaft geprüft werde, wer die Kirche auf Kuba überhaupt repräsentieren könne. Die Prager Theologen werfen dem ÖRK vor, dass er sich keine Rechenschaft darüber gebe, dass die kirchliche Lage auf Kuba viel breiter und vielfältiger sei, als sie sich durch die Mitgliedskirchen oder den Rat der Kirchen auf Kuba darstelle. Sie vertreten nur einen Teil der kubanischen nicht-katholischen Christen und seien zudem auch nicht die Mehrheit der Protestanten. Es gibt auf Kuba eine Reihe von weiteren Kirchen in der pentecostalen, aber auch in der *Mainstream* Tradition. Etwa die Hälfte der protestantischen Kirchen seien Mitglied des kubanischen Rates der Kirchen, der Positionen gegenüber dem Regime von Fidel Castro vertritt, die der Linie des ÖRK ähnelten.

Das besondere Problem dabei ist, so das Argument, dass die zweite Hälfte der nicht-katholischen Kirchen gerade darum kein Mitglied im ÖRK sei, weil dieser ihrer Meinung nach den christlichen Glauben in politische Stellungnahmen deformiert habe. Unter diesen Kirchen ist auch die größte nicht-katholische Kirchengemeinschaft auf Kuba, die westlichen und östlichen Baptisten (*Bautistas occidentales* und *orientales*). Sie weisen Mitgliedschaft des kubanischen Kirchenrates und damit die Linie des ÖRK ab, weil sie das Regime von Fidel Castro nicht kirchlich oder theologisch legitimieren wollen. Diese Position bringt solche Kirchen nicht selten in Schwierigkeiten in den Beziehungen zum Staat, wenn es um Genehmigungen und Aktivitäten geht. Sie sind aber nicht bereit, unter Druck der administrativen Diskriminierung aufzugeben und eine für den Staat gefälligere Position einzunehmen. Es fragt sich also, ob nicht der ÖRK mit diesen Kirchen ins Gespräch kommen sollte, um über die andere Seite der Realität des Castro-Regimes gegenüber Kirchen und einzelnen Menschen zu sprechen.

Mit dem Brief der fünf Prager Theologen und der Antwort des Generalsekretärs des ÖRK ist ein vorsichtiges Gespräch über die Frage der Menschenrechte in der Ökumene begonnen worden. Es wurde fortgesetzt während des ökumenischen Kirchentages im Mai 2003 in Berlin und während des Seminars in Prag im Mai 2006. Es wäre zu empfehlen, dass der Dialog zwischen dem ÖRK und mitteleuropäischen Kirchen wie der EKBB über Fragen der Bedeutung der Erfahrungen mit der Ökumene in der Vergangenheit für die Gegenwart, z. B. in Bezug auf Kuba, weiter geführt wird. Auf diese Weise können Erfahrungen aus der Zeit der kommunistischen Diktatur in einem breiteren Kontext verarbeitet und fruchtbar gemacht werden.